

Calmer Tagblatt

Nr. 301.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Verrechnungswerte: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 20 Pf. 12 Spalten 2. — Wrt. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Anzeigeb. 2.

Freitag, den 24. Dezember 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung Wrt. 12.00 vierteljährlich. Postzusatzpreis Wrt. 12.00 mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Eine neue deutsche Note über die Einwohnerwehren.

Berlin, 23. Dez. Dem Vorstehenden des Interalliierten Ueberwachungsausschusses für das Landheer, General Nollet, ist eine Note des Auswärtigen Amtes übergeben worden, worin es heißt: Artikel 178 des Vertrags unterjagt nicht alle Maßnahmen, die eine Mobilmachung erleichtern könnten, sondern nur solche, die auf diesen Zweck abzielen. Dies ist bei dem Zusammenschluß der Bürger zum Selbstschutz nicht der Fall. Die Fuldung oder die Auflösung von Selbstschutzorganisationen, die keinen militärischen Charakter haben, ist eine innere Angelegenheit Deutschlands. Die Kontrollkommission glaubt aus ihr zugegangenen Nachrichten folgern zu müssen, daß gewisse Organisationen einen militärischen Charakter tragen und in einer Verbindung mit militärischen Behörden stehen. Sie beruft sich dabei auf gewisse Bestimmungen der Satzungen des Landesverbands der Einwohnerwehren in Bayern und auf eine in Königsberg bestehende Anordnung hinsichtlich der ostpreussischen Ortswehren. Seit Neuordnung der Polizei in Bayern untersteht eine aufgebotene Einwohnerwehrguppe nur der Leitung der in Tätigkeit getretenen Landespolizei-Abteilung. Bei den ostpreussischen Ortswehren können jetzt noch die Zivilbehörden auf die Art der Verwendung der Orts- und Grenzwehren Einfluß ausüben. Die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen, zu der Deutschland nach dem Protokoll von Spa verpflichtet ist, hat ebenso wie im allgemeinen die Entwaffnung der Bevölkerung nur in der Abgabe von Kriegswaffen zu geschehen. Die Befürchtung, es könnten andere deutsche Länder oder Landesteile für sich dieselbe Ausnahmestellung beanspruchen, die Bayern und Ostpreußen hinsichtlich der Entwaffnung der Wehren einnehmen sollen, ist nicht begründet. Für die übrigen Teile des Reichs wird die vertragsmäßig zugesagte Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen in nächster Zeit durchgeführt sein. Nur in Bayern und Ostpreußen gestalten die dort bestehenden besonderen Verhältnisse nicht, in gleicher Schnelligkeit vorzugehen. Die Annahme, daß die kommunistische Gefahr für Deutschland überwunden sei, kann leider nicht als zutreffend betrachtet werden. Aus der Zahl der in Bayern abgegebenen kommunistischen Wahlstimmen kann keineswegs gefolgert werden, daß bei etwaigen Unruhen die Zahl der Kämpfer nicht über die der kommunistischen Wähler hinausgehen wird. Gelänge es einigen radikalen Elementen, die Straße aufzurufen, so müßte mit weit größeren Massen gerechnet werden. Die Gefahr wächst mit der wirtschaftlichen Not. Die dagegen zur Verfügung stehenden regulären Kräfte würden nicht ausreichen. Auch die Schläffe, die aus den Mitteilungen des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen vom 8. und 14. September gezogen werden, sind nicht haltbar. Um der Bevölkerung in Ostpreußen wie in Bayern das Gefühl der Sicherheit zu geben und sie vor Gefahren zu schützen, die nur allzu drohend sind, ist es im Augenblick noch nicht angängig, dort zur vollständigen Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen zu schreiben. Die deutsche Regierung bittet, die Note vom 9. Dezember und die gegenwärtige Note zur Kenntnis der von Ihnen vertretenen Regierungen zu bringen und weist auf die große Zahl der abgelieferten Waffen hin. Auch von den Waffen der Einwohnerwehren ist bereits der weitaus größte Teil abgeliefert und unbrauchbar gemacht. Die weitere Einziehung der leichten Waffen der Selbstschutzorganisationen ist im Gange. Der Weg, den die deutsche Regierung bei der ganzen Entwaffnungsaktion eingeschlagen hat, war der einzige, der nach Lage der Verhältnisse zum Ziel führen konnte. Sie hofft, daß sich die alliierten Regierungen dieser Erkenntnis nicht verschließen werden. (Bez.): Dr. Simons.

Ostpreußen lehnt die Auflösung der Einwohnerwehren ab.

Berlin, 24. Dez. Wie das „Berl. Tagebl.“ aus Königsberg meldet, wird in zahlreichen Entschloßungen der ostpreussischen Orts- und Grenzwehren an die Reichsbehörden die Auflösung der Wehren angesichts der gefährdeten Lage der Provinz entschieden abgelehnt.

Französische Innen- und Außenpolitik.

Eine Interpellation in der französischen Kammer über d. bolschewistische u. royalistische Propaganda.

Paris, 23. Dez. (Kammer.) Gestern wurde die Interpellation des Abgeordneten Soulier beraten, die darauf ausgeht, die Regierung zum Kampf gegen die bolschewistische Propaganda zu bewegen. Der Abgeordnete Soulier erklärt, der Ausgang der Wahlen im Departement Lot-et-Garonne, in dem die Sozialisten einen verstorbenen Abgeordneten, der dem nationalen Block angehört hatte, ersetzt, habe ihn zu dieser Interpellation veranlaßt, weil sich das Außerordentliche ereignet

habe, daß die Regierung in dem Wahlkreis des Ministerpräsidenten geschlagen worden sei. Frankreich sei moralisch gesund, aber man dürfe das Land nicht sich selbst überlassen. Der Ministerpräsident müsse öfter vor dem Lande sprechen, um ihm Richtung und Seele zu geben. Der Abg. wandte sich gegen die linkssozialistischen Blätter und auch gegen die angebliche Propaganda von Cailaux. An zweiter Stelle interpellierte der sozialistische Abg. Berthou, was die Regierung zu tun gedenke, um der royalistischen Propaganda gegen die republikanischen Einrichtungen entgegenzutreten. Oft kürzlich unterbrochen von dem bekannten Royalistenführer Leon Daudet und seinen Anhängern, erörterte der Abgeordnete die Propaganda der royalistischen Partei, besonders die Tätigkeit der Aktion Française. In der Nachmittagsitzung sprach der sozialistische Abg. Compere-Morel. Er erklärte, wenn die Wahlen im Wahlkreis Lot-et-Garonne zugunsten eines Sozialisten ausgefallen seien, dann stehe fest, daß die Wähler den Begriff „Bolschewisten“ etwas anders auffaßten als die Mehrheit der Kammer. Die Wahl des Sozialisten Jean beweiße, daß man mit der Politik des „Nationalen Blocks“ nicht einverstanden sei und das gebe der Wahl eine besondere Bedeutung. Der Minister des Innern, Steeg, erklärte, daß man wohl kaum von Mißschuld oder auch nur von Nachsicht der Regierung gegenüber dem bolschewistischen Problem sprechen könne. Die Regierung wolle keinen amtlichen Druck bei den Wahlen ausüben. Diese Taktik habe der Senat gebilligt, die Kammer werde wohl nichts anderes tun. Der Sozialist Sembat erklärte, man habe in den Wandelgängen der Kammer schon vorgestern hören können, was mit der Interpellation Soulier bezweckt wurde. Gewisse Kreise hätten es eben für wünschenswert gehalten, daß die Regierung über eine andere Frage als über die Frage der Sicherheit des Landes, die der ehemalige Kriegsminister Lefevre aufgeworfen habe, zu Fall käme. Im Laufe der weiteren Debatte betonte Ministerpräsident Lengues, die Orientfrage, die türkische Frage, die russische Frage, die griechische Frage und besonders die Frage des Wiederaufbaus des Landes müßten die ganze Aufgabe der Regierung bilden. Sie wünsche die nationale Wiederaufrichtung in Ruhe zu vollbringen. Sie werde, wenn notwendig, das Land gegen jede Propaganda sozialer und wirtschaftlicher Auflösung verteidigen. — Es wurden hierauf sieben Tagesordnungen eingebracht, von denen der Ministerpräsident der Tagesordnung Doussaut zustimmte, die die Erklärungen der Regierung billigt und ihr das Vertrauen ausspricht, daß sie die Politik republikanischer, nationaler und sozialer Einigkeit, die das Land am 16. November 1919 durch die letzten Wahlen gebilligt habe, fortsetzen werde. Der erste Teil der Tagesordnung Doussaut wurde mit 420 gegen 155 Stimmen angenommen. Hierauf setzte eine längere Debatte ein. Die Sitzung dauerte abends 9 Uhr noch an.

Eine Hezrede d. zurückgetretenen Kriegsministers.

Paris, 24. Dez. Die Kammer beriet gestern Nachmittag den Gesetzentwurf über die zu bewilligenden provisorischen Kredite für die Monate Januar und Februar 1921. Im Laufe der Debatte ergriff der abgetretene Kriegsminister Lefevre das Wort und erklärte, die Gründe seines Abganges seien in der Art und Weise zu suchen, in der die Militärgeetze in seiner Abwesenheit vom Ministerrat angenommen worden seien. Er verkenne die finanzielle Lage nicht, aber man dürfe doch nicht zugeben, daß man Deutschland für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete und für die Zahlung der Pensionen Geld vorschleife. Man leihe Deutschland Geld zu 5 Proz., wofür man selbst 6 Proz. zahlen müsse. Frankreich sei also der Bankier Deutschlands. Er stelle deshalb die Frage, ob Frankreich sicher sei. Die Kammer habe den Vertrag, den sie zwar angenommen habe und den er bekämpfe, verurteilt. Er wolle aus der Debatte keine ministerielle Frage machen. Wenn er mit der Regierung in allen Punkten einverstanden gewesen wäre, wäre er nicht zurückgetreten. Er habe deshalb die Frage seines Abganges vor die Kammer bringen müssen. Er bedaure, daß der Ministerpräsident gesagt habe, Frankreich dürfe nicht des Imperialismus bezichtigt werden. Sei das Imperialismus, wenn man Eschaj und Lothringen wieder zurückverlange und das Mandat in Sizilien ausübe? (Abg. Cahin ruft dazwischen: Ja, es ist Imperialismus!) Wenn Frankreich für seine Sicherheit Sorge, dann dürften sich Italien und England nicht wundern. England habe auch 860 000 Mann und 180 000 Matrosen unter den Waffen. Frankreich halte die Waage am Rhein wie die Gallier vor 2000 Jahren. Man dürfe nicht mit dem Schicksal des armen Deutschland Mitleid haben. (Lebh. Beifall!)

Warum verlange man nicht von Deutschland die Summe, die es bezahlen könne. Wenn Deutschland bereit sei, seine Fehler (?) einzugestehen und wenn es die Sicherheit gebe, nicht wieder anzugreifen, dann könne man sich leicht mit seiner Entwaffnung zufrieden geben. Frankreich müsse genügende militärische Mittel besitzen, um die tschechoslowakische, polnische und rumänische Mauer, die den Germanismus verhindere, sich mit den Bolschewisten zu verbinden, aufrecht zu erhalten. Frankreich verdanke man nur den Sieg von Warschau, Frankreich trage allein wie zu Beginn des Kriegs die Kosten der Anstrengungen. Man müsse immer bedenken, daß 60 Millionen Deutsche und 80 Millionen Russen sich gegen Osten nach Zud'en und gegen Westen nach dem Rhein wenden könnten. Im Monat August hätten in Ostpreußen 70 000 Deutsche gestanden unter den verschiedensten Bezeichnungen. Sie hätten Gewehr bei Fuß gestanden, um Polen in der Flanke anzugreifen. Im Jahre 1871 würde Bismarck nicht die Kehlen gestattet haben, wie sie deutsche Minister jüngst im Rheinland gehalten hätten.

Die Erklärung der Kammer.

Paris, 23. Dez. Die gestrige Kammererörterung dauerte bis gegen 11 Uhr abends, denn über 3 Stunden lang wurden von verschiedenen Seiten Zusatzanträge zur ersten Tagesordnung Doussaut gestellt, aber schließlich mit 300 gegen 230 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, welche die Erklärungen der Regierung billigt im Vertrauen darauf, daß sie eine Politik der republikanisch-sozialistisch-nationalistischen Union betreiben werde, welche auch die Vätergesetze respektiert, wie sie das Land durch die Wahlen vom 16. November 1919 gebilligt hatte. Die Kammer verwirft schließlich die revolutionären bolschewistischen, kerikalen und royalistischen Umtriebe und geht zur Tagesordnung über. — „Republikanisch-sozialistisch-nationalistisch“ ist eine hübsche Mischung, die jedem etwas gibt. Wie wäre es, wenn man in Deutschland dasselbe probate Einigungsmittel anwenden würde?!

Zur äußeren Lage.

Die dänische Entschädigung an Deutschland.

Kopenhagen, 22. Dez. Ueber die Verhandlungen betreffend die Summe, die Dänemark als Anteil an der deutschen und preussischen Staatsschuld, sowie als Erstattung für Staatsaktivitäten in den abgetretenen Landesteilen tragen soll, wird mitgeteilt, daß bei den Verhandlungen die dänischen Abschätzungsleute die verschiedenen Staatsaktivitäten mit 77 Mill. Kronen berechnet haben. Hierbei seien jedoch die Anteile an den Staatsschulden von 55 Millionen Mark nicht mitgerechnet. Deutscherseits wurde der Wert der Staatsaktivitäten für August 1914 mit 85 Millionen Goldmark angegeben, dazu 22 Millionen Goldmark für Staatsschuldenanteil. Da es nicht glückte, über diese Summe zu einer Einigung zwischen den Beteiligten zu gelangen, beschloß man, die Entscheidung der Reparationskommission anzufragen. Bei den nun folgenden Verhandlungen wurde die von Dänemark zu zahlende Gesamtsumme auf 65 Millionen Goldmark angesetzt, die vor dem 25. Dezember zahlbar sind und zwar ohne Zinsrechnung. Die Summe macht nach dem heutigen Kurse 102 345 000 Kronen aus. Die Auszahlung erfolgt an die Reparationskommission in Newyork. Die Besitztümer des Herzogs Ernst Günther, sowie die Anteile Preußens an den Kreisbahnen und eine Reihe anderer Besitztümer sind in dieser Ordnung nicht mit eingegriffen. Diese Fragen sollen in direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark erledigt werden. — Anmerkung des W.T.B.: Nach den bisherigen Nachrichten dürfte die Gesamtsumme von 65 Millionen Goldmark zutreffen. Eine amtliche Mitteilung ist den deutschen Stellen jedoch noch nicht zugegangen.

Bombardierung von Fiume durch die italienische Flotte.

Malmö, 23. Dez. „Svensta Dagbladet“ meldet aus Rom: Nachdem die 48stündige Frist für die Räumung der Stadt Fiume durch die Zivilbevölkerung abgelaufen war, und d'Annunzio dem General Caviglia geantwortet hatte, er möge den Ton seines Ultimatus etwas herabstimmen, ist Fiume jetzt bombardiert worden. Zwischen Italien und Fiume herrscht völliger Kriegszustand. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor. — Jetzt schließen die Italiener Fiume kaputt, und überlassen es den Südslawen.

Die Ententeindschärfung gegen den griechischen König.

Athen, 23. Dez. Der Chef der britischen Marine division, Kell, der an einer Feierlichkeit anlässlich der Rückkehr König Konstantins teilgenommen hatte, wurde gestern unvermutet zu



empfohlen. Sie Gratisprobe in den Apotheken erproben.

rauf
eim
affe 1

o am Stück,
ntelstoff zu
in verschied.
und Bett-
Arbeits-

la wollge-
gt. Schuh-
erzen.
erkauf nur

Sonntags von

Bjorzhelm.

zier

von hier und
angehörigen auf

s. Mts.

g)

Uhr

en sein im Gast-
stift eingeladen.

40 er.

ember

sträume

schlossen.

ast u. Gewerbe

b. h.

glei

ts., von morgens

Uhr

ankenkasse

Calw.

hiter, Calw.

König Konstantin berufen, der ihm den Großorden des Erlöserordens überreichte. Gemäß den Instruktionen seiner Regierung lehnte Admiral Kelly die griechische Regierung davon in Kenntnis, daß er zu seinem Bedauern die Auszeichnung nicht annehmen könne und sie zurücksende. Die französische Mission, die von der Absicht des Herrschers unterrichtet worden war, dem Kommandanten der französischen Militärmission, Grammat, den Cordon des Erlöserordens zu überreichen, hat der griechischen Regierung mitteilen lassen, sie möge von diesem Schritte Abstand nehmen.

Der großmütige Lloyd George.

Paris, 23. Dez. Nach einer Meinung des „Journal“ aus London erklärte Lloyd George gestern auf einem Frühstück, das zu Ehren der aus Genf zurückgekehrten Delegierten des Völkerbundes gegeben wurde, wir haben großes Vertrauen, daß, wenn Deutschland seine klare Absicht, die Friedensvertragsklauseln durchzuführen, zeigt, niemand seiner Zulassung zum Völkerbund Hindernisse in den Weg stellen wird. — D. h. Wenn Deutschland sich selbst ruiniert, dann kann die Entente ja mit einem neuen Heer im Völkerbund aufziehen sein.

Die Verteilung des Orients durch die Entente.

Paris, 23. Dez. (Havas.) Ministerpräsident Bergues und der englische Botschafter in Paris, Hardinge, haben die französisch-englische Konvention unterzeichnet, die die Grenzen Syriens und Palästinas, das Eisenbahnwesen und das Regime, sowie die Frage der Gewässer zwischen den beiden Ländern regelt.

Die Aenderung der englischen Orientpolitik.

London, 23. Dez. (Unterhaus. — Havas.) Bezüglich der Schwierigkeiten des Generals Gouraud in Syrien erklärte Lloyd George, seine Kritik über zu wollen, aber die arabische Bevölkerung habe den Eindruck, daß es den Franzosen und Engländern ihr gegenüber am guten Willen fehle. Lloyd George möchte, daß in Kleinasien der Frieden einkehre und er will die Türken vernünftig behandelt wissen. Das Unterhaus möge die Orientpolitik nicht ändern wegen einiger Schwierigkeiten, die dadurch entstanden, daß die griechischen Wahlen nicht das erwartete Ergebnis hatten. England habe die Gefolgschaft des griechischen Volkes nötig.

Englisch-amerikanische Manöver zwecks Verteuerung der Baumwolle.

Auf Anregung der englischen Regierung ... Kultur: ... Ägyptens für 1921 auf 30 Proz. des bisherigen Umfangs beschränkt und in Oberägypten der Baumwollbau fast vollständig verboten worden. Auch in Amerika sollen sich die Pflanzler gewisser Bezirke über eine Einschränkung um 50 Proz. einig geworden sein. Die belgischen Spinnereien befürchten, wie der „Frankf. Ztg.“ geschrieben wird, eine bleibende Einschränkung des Bedarfs und sehen deswegen eine Verlängerung der Krise voraus, die sich aus den Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung ergibt. Die nordfranzösischen Baumwollspinnereien beschließen, ab 15. Dezember einen Arbeitstag wöchentlich ausfallen zu lassen. Belgische und deutsche Baumwollgarne werden zurzeit stark auf dem holländischen Markt angeboten; belgische Baumwolle wird selbst am englischen Markt gekauft. — Wir haben hier einen kleinen Fingerzeig dafür, welche Wirkung die Kleinherrenschafft bestimmter Nationen über die Kolonialgebiete auszuüben vermag, und ebenso über die Folgen des Monopols auf einem bestimmten Produktionsgebiete, wie es die Angelsachsen bezüglich der Baumwolle und des Petroleum haben. (Die Schrift.)

Ausland.

Streik der Wiener Staatsarbeiter.

Wien, 22. Dez. Gestern Abend sind die Arbeiter des Nachtbetriebs des Wiener Amtsblattes wegen Ablehnung ihrer Forderung nach Gewährung einer Weihnachtsgratifikation von 6000 Kronen in den Ausstand getreten. Heute wird im Betrieb passive Resistenz geübt. Auch in der Staatsdruckerei und in der Münze üben die Arbeiter passive Resistenz.

Deschanel kandidiert für den Senat.

Paris, 23. Dez. Der frühere Präsident der Republik, Deschanel, hat nunmehr einen Brief an seine Wähler im Département Eure et Loire gerichtet und seine Kandidatur für die Senatswahlen am 9. 1. 1921 aufgestellt. — Es ist also ein Wunder passiert; als der frühere französische Präsident Fußbäder in Flüßen nahm, und Luftsprünge aus seinem Extrazug machte, da wurde er für dauern verurteilt erklärt. Jetzt scheint er aber wieder übergeknappert zu sein.

Päpstliche Erklärungen.

Rom, 22. Dez. Stefani. Im Geheimkonkordat vom 16. Dezember hielt der Papst eine Ansprache, wobei er auf zwei ihn beschäftigende Fragen hinwies. Er bedauerte die Haltung eines Teils des tschechischen Klerus und betonte, daß die Kirche nie ihre Einwilligung zur Aufhebung oder auch nur zur Abschwächung des Gesetzes über das Zölibat geben werde, da dieses so heilige Gesetz zum größten Teil den gegenwärtigen Glanz der lateinischen Kirche gesichert habe. In zweiter Linie wies er darauf hin, er müsse mit Bedauern feststellen, daß die Beschlüsse von Versailles nicht immer im richtigen Geiste zur Anwendung gelangten, da man an verschiedenen Orten in Verkennung des Willens der katholischen Missionen und entgegen den Interessen der Religion und Zivilisation allerlei Hindernisse bereite.

Völkswirtschaftliche Justiz.

Kopenhagen, 22. Dez. „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Das Revolutionsgericht in Sewastopol gibt in dem offiziellen Organ der Stadt die Namen von 1634 Personen bekannt, die durch Erschießen hingerichtet worden sind. Unter den Hingerichteten waren 279 Bauern. 2 Tage später veröffentlichte dieselbe Zeitung eine neue Liste von 1212 Hingerichteten, darunter 88 Bauern.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Maui- und Klauenjuche.

Die Seuche ist erneut ausgebrochen in Mötlingen. Sperr- und Beobachtungsgebiet: Mötlingen. 15 Km.-Umkreis wie bisher.

Calw, den 22. Dezember 1920.

Oberamt: Bögel, Untmann.

Bekanntmachung.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 22. Dezember 1920 die Wahl des Verwaltungspraktikanten Theodor Kurrle von Rotenberg, Oberamts Canstatt, zum Ortsvorsteher der Gemeinde Würzbach bestätigt.

Calw, den 23. Dezember 1920.

Oberamt: Gös.

Erhöhung amerikanischer Einfuhrzölle.

Washington, 22. Dez. Der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses hat eine Gesetzesvorlage, die die Einfuhr von erhöhter Einfuhrzölle auf Wolle und Baumwolle, Kartoffeln, Fleisch und lebendes Vieh vorzieht, endgültig angenommen. Der Ausschuß hat an das Haus das Erlaßgesetz gerichtet, alles Erforderliche zu tun, damit die Vorlage noch vor Weihnachten in Kraft tritt.

Deutschland.

Gegen das würdelose Betteln im Auslande.

Berlin, 24. Dez. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ wendet sich in einer halbamtlichen Mitteilung gegen die Bitten von Vereinigungen an das Ausland unter dem Mantel der Wohlfahrtspflege und Wohltätigkeit und bezeichnet dieses Verhalten als würdelose Bettellei, die das Ansehen des Deutschtums im Ausland schädige. Die zuständigen Behörden sind ersucht worden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die gekennzeichneten Vereine und Unternehmungen einzuschreiten.

Fremdes Kapital zur Ausnützung der bayerischen Wasserkräfte.

Berlin, 24. Dez. Wie aus „Berl. Tagebl.“ aus München meldet, haben der Heranziehung ausländischer Privatkapitals zur beschleunigten Ruhbarmachung der bayerischen Wasserkräfte sämtliche bayerischen Landtagsfraktionen mit Ausnahme der U. S. P. beigestimmt. Nur die Demokraten machten lediglich aus politischen Gründen gewisse Vorbehalte und erhoben Bedenken gegen die Zuziehung französischen Geldes. — Letztere Bedenken erschienen uns sehr berechtigt.

Um den Oberbürgermeisterposten von Berlin.

Berlin, 24. Dez. Bei der gestrigen zweiten Beratung der Oberbürgermeisterfrage im Wahlausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung erhielten die beiden Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten, der Unabhängige Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wenl und Stadtkämmerer Böß, je zehn Stimmen. Die endgültige Entscheidung wird nunmehr vom Plenum gefällt werden.

Die Abfindungsjorderung des Welfenhauses.

Berlin, 24. Dez. Nach einer Blattermeldung aus Braunschweig haben die rechtsstehenden Parteien des braunschweigischen Landtags zu der Abfindungsjorderung des Welfenhauses eine Erklärung abgegeben, in der sie die Forderung des früheren Herzogs als außerordentlich hoch bezeichnen. Sie verlangen, daß von der juristischen Fakultät irgend einer Universität ein Gutachten über die Berechtigung der Ansprüche eingeholt wird.

Welfenpropaganda für einen Niedersächsischen Staat.

Berlin, 23. Dez. Laut „Germania“ hat der Ausschuß der Deutsch-Hannoverschen Partei eine programmatische Erklärung beschlossen, in der die Bildung eines Staates Niedersachsen unter gleichzeitiger Betonung der Reichstreue gefordert wird.

Wie die Polen für Oberschlesien werben.

Berlin, 22. Dez. Wie die B. Z. aus Cuguth in Oberschlesien berichtet, wurde der dort in der deutschen Propaganda tätige und der katholischen Volkspartei angehörige Direktor Salzburg vor seiner Wohnung erschossen. Es handelt sich offenbar um einen politischen Mord, wofür die Tatsache spricht, daß Salzburg nicht beraukt wurde.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. Dezember 1920.

Freigabe des Verkehrs mit Nugholz.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die Verfügung des Arbeitsministeriums über den Verkehr mit Nugholz ist mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Der Verkehr mit Nugholz über die würt. Grenze nach anderen deutschen Ländern ist damit wieder frei. Für die Beförderung von Brennholz und von Nugholz bis zu 2,5 Meter Länge ist die Beförderung nur mit abgestempelttem Frachtbrief gestattet. Der Holzanschub wird in ähnlicher Zusammenfassung wie bisher als begutachtendes und beratendes Organ des Arbeitsministeriums sowie als Ausgleichsstelle für die verschiedenartigen Interessen der in ihm vertretenen wirtschaftlichen Kreise bestehen bleiben.

Vom Rathaus.

* Der gestrigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats ging eine Besichtigung des Nagoldgebietes am kleinen Brühl voraus, zwecks Stellungnahme zu dem Antrag von Hr. Pfrommer, vom kleinen Brühl ein Stück Gelände gegenüber der Turnhalle so abzutragen, daß das Nagoldbett von der kleinen Stellfläche oberhalb der Turnhalle bis zum 2. Brühlloch erweitert wird. Wie Stadtschultheiß Göhner mitteilte, ist nach seinen Erkundigungen bei der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau, bei der zur Zeit ein Projekt für eine großzügige Nagoldkorrektur ausgearbeitet wird, auch diese Verbesserung vorgesehen, sobald die Ausführung dieser Arbeiten dem großen Plan nicht entgegenstehen würde. Der Erdaushub samt Abtransport würde etwa 30 M. pro Kubikmeter betragen; da 800 Kubikmeter Abtragung vorgesehen sind, so würden diese Arbeiten etwa 24 000 M. betragen. Es wurden jedoch 40 000

Mark in Rechnung gestellt und ein Anshub von 1000 Kubikmeter. Die auf diese Weise erreichte Erweiterung des Nagoldbettes würde etwa 6—8 Meter betragen. Bei der Besichtigung wurde darauf hingewiesen, daß der Erdaushub oberhalb der Brücke allein die Hochwasserentlastung nicht wesentlich beeinflussen würde, wenn nicht gleichzeitig auch das ans Neuffer'sche Haus angebaute, feinstmüßige Gärtchen weggenommen und das hinter diesem Haus bis zur Gartenmauer der Dedensfabriken gelegene Gelände, das seither zur Schutzablagung benützt worden war, abgetragen wird, wodurch das heranstömende Wasser besser abgeleitet würde. Sowohl von sachverständiger Seite wie von Mitgliedern des Kollegiums wurde von vornherein betont, daß durch alle diese Maßnahmen nur eine Senkung von 10 bis höchstens 15 Zentimeter des Hochwasserspiegels erreicht würde. Dem wurde jedoch entgegengehalten, daß durch eine solche Senkung eben eine größere Anzahl von Wohnungen vom Hochwasser verschont werden könnte. Auch die Notwendigkeit der Beschäftigung der Notstandsarbeiter wurde hervorgehoben, während von anderer Seite die Verquickung dieser Frage mit städtischen Arbeiten als nicht im Interesse der städtischen Finanzpolitik gelegen betrachtet wurde. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß man schließlich auch zu Entlassungen von Notstandsarbeitern übergehen müsse, wenn Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht zu erwarten seien, wobei jedoch auf Anfrage zugesichert wurde, daß zuerst die jüngeren lebigen Leute entlassen werden sollen. Wenn möglich und nötig sollen aber später wieder Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Der Vorschlag von Hr. Georgii, die Herstellung des Riedelbachwegs, der sehr zerrissen sei, als Notstandsarbeit in Erwägung zu ziehen, konnte deshalb nicht beachtet werden, weil es sich hier um kein wirtschaftlich rentables Unternehmen handeln würde, und daher auch keine Zuschüsse zu erwarten seien, während für die oben gekennzeichneten Arbeiten etwa 15 000 M. Staatszuschuß in Aussicht stehen. Es wurde beschlossen, die schon begonnene Beförderung des Schutts unterhalb der Brücke bis zum Anwesen der Dedensfabriken fortzusetzen, weiterhin soll untersucht werden, ob die Abführung des Gärtchens am Neuffer'schen Hause eine Gefährdung des Hauses nach sich ziehen könnte, und schließlich soll dann noch eine genaue Berechnung der Kosten des vorgesehenen Abbaus oberhalb der Brücke angefertigt werden. — Das Gefuch der städtischen Beamten und Unterbeamten um Bewilligung eines weiteren Zuschusses auf die neuen Gehaltsätze, wie sie nach dem nächsten in Kraft tretenden neuen Besoldungsgesetz vorgesehen sind, war von der Verwaltungsabteilung vorbereitet worden. Die Abteilung hat nun die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Gehälter vorgeschlagen, wie sie fernerzeit den Beamten auf Grund der erhöhten Gehaltsätze in Aussicht gestellt worden ist. Der Aufwand dafür beträgt insgesamt 12 600 M. Die Vorschläge wurden gutgeheißen, die Zuschüsse werden auf Weihnachten ausgezahlt. — Bekanntlich ist durch die Vereinheitlichung der Steuererhebung den Einzelitalen die Einkommensteuer zugunsten des Reichs entzogen worden; sie erhalten lediglich im Verhältnis zu ihren Steuerleistungen einen Reichsbeitrag. Aus den gesamten Steuereinkünften wurde nun ein sog. Ausgleichsgrundstock — in Württemberg 36 Millionen — geschaffen, aus dem die stark belasteten Gemeinden unterstützt werden sollen. Nach der württembergischen Steuererhebung erhalten jedoch nur die Gemeinden einen staatlichen Beitrag, die vom reichseinkommensteuerfreien Mindesteinkommen (näheres im nachfolgenden Artikel) eine Zusatzsteuer erheben. Da das Ministerium angeordnet hat, daß die Gemeinderäte sich über die Erhebung einer solchen Zusatzsteuer beschließen, wurde beschlossen, die untenstehenden Sätze zu erheben, um nicht des zu erwartenden Zuschusses aus dem Ausgleichsgrundstock verlustig zu gehen. Hr. Baenschle betonte, daß ihm nur letztgenannter Beweggrund zu einer Zustimmung veranlasse, denn es unterlege keinem Zweifel, daß durch die hohen Sätze wiederum in erster Linie die Beamten, Festbesoldeten und kleinen Rentner, die ohnehin durch die Einkommensteuer schwer betroffen würden, am stärksten belastet werden. Hr. Maier wies darauf hin, daß ein Arbeiter oder Beamter, der einen Verdienst von jährlich 15 000 Mark habe, wenn er verheiratet ist und 2 Kinder hat, für sich 1500 M. für seine Frau 500 M. und für seine 2 Kinder 1400 M. steuerfreies Einkommen abziehen kann, so daß er ein Einkommen von 11 600 M. zu versteuern habe. Davon habe er 1776 M. Steuern zu zahlen, durch den 10prozentigen Steuerabzug vom Einkommen hat er sofort 1160 M. zu entrichten, so daß er am Ende des Steuerjahrs noch 616 M. zu bezahlen habe, was heute ein Festbesoldeter nicht mehr erübrigen könne. Trotz der schweren Bedenken, die aus den vorgenannten Gründen sich ergeben, wurde die Erhebung der Zusatzsteuer vorerst beschlossen, um des Anspruchs aus den Mitteln des Ausgleichsstocks nicht verlustig zu gehen. — Der Inhaber der Kammfabrik Denzel weist im Hinblick auf die Entwicklung der Siedlungsfrage darauf hin, daß seiner Firma fernerzeit das Versprechen gegeben worden sei, daß städtisches Gelände oberhalb seines Anwesens in bestimmtem Umfang zur Erweiterung der Fabrik zur Verfügung bleiben werde. Er ersucht deshalb um kaufweise Ueberlassung des Geländes bis zur Kehre der Altbürgerstraße. Im Interesse der städtischen Siedlungspolitik wünschte die sozialdemokratische Fraktion jedoch, ohne die Entwicklung des Wertes kennen zu wollen, die Zurückhaltung des Geländes an der Kehre zu Zwecken der Erstellung des geplanten Doppelwohnhauses. Es solle nur soviel Gelände zur Verfügung gestellt werden, als fernerzeit versprochen worden sei. Da letztere Bedenken zerstreut werden konnten, so erklärte sich das gesamte Kollegium im Interesse der Unterstützung dieser Industrie bereit, das nötige Gelände für die Erweiterungsbauten freizubalten.

Zusatzsteuer vom einkommensteuerfreien Mindesteinkommen.

Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern und der Finanzen wird angeordnet, daß die Gemeinderäte sofort Beschluß fassen über die Erhebung der Zusatzsteuer vom einkommensteuerfreien Mindesteinkommen. Die Gemeinden sind danach berechtigt, rückwirkend vom 1. April 1920 ab diese Steuer zu erheben. Von der Zusatzsteuer befreit sind Steuerpflichtige, bei deren Veranlagung ein reichsteuerfreier Einkommensteil von nicht mehr als 1500 Mark berücksichtigt wird mit einem steuer-

von 1000 Kubikmeter.
 g des Nagoldbettes
 fichtigung wurde dar-
 der Brücke allein die
 würde, wenn nicht
 igebaute, feinstufige
 Haus bis zur Garten-
 seitler zur Schutz-
 w, wodurch das her-
 Sowohl von sachver-
 Collegiums wurde von
 ihnen nur eine Zen-
 Hochwasserspiegels er-
 halten, daß durch eine
 Wohnungen vom Hoch-
 wotwendigkeit der Be-
 vorgehoben, während
 ge mit städtischen Ar-
 Finanzpolitik gelegen
 au, daß man schließ-
 übergehen müsse,
 ostenfürsorge nicht zu
 gesichert wurde, daß
 werden sollen. Wenn
 beitsgelegenheiten ge-
 orgit, die Herstellung
 ostlandsarbeit in Er-
 werden, weil es sich
 men handeln würde,
 ten, während für die
 Staatszuschuß in
 von begonnene Weg-
 zum Anwesen der
 sucht werden, ob die
 ufe eine Gefährdung
 slich soll dann noch
 phenen Abhub ober-
 ch der städtischen Be-
 weiteren Zuschusses
 chtens in Kraft tre-
 war von der Ver-
 stellung hat nun die
 Gehälter vorgezeich-
 er erhöhten Gehalts-
 swand dafür beträgt
 gutgeheßen, die Zu-
 Bekanntheit ist durch
 Einzelstaaten die
 worden; sie erhalten
 einen Reichsbei-
 wurde nun ein sog.
 tionen — geschaffen,
 stützt werden sollen.
 schalten jedoch nur
 an reichseinkommen-
 schfolgenden Mittel)
 angeordnet hat, daß
 solchen Zuschläger
 henden Sätze zu er-
 aus dem Ausgleichs-
 le betonte, daß ihn
 itimmung veranlasse,
 ie hohen Sätze wie-
 lsbeten und kleinen
 uer schwer betroffen
 a ier wies darauf
 erdienst von jährlich
 Kinder hat, für sich
 2 Kinder 1400 M.
 er ein Einkommen
 er 1776 M. Steuern
 g vom Einkommen
 n Ende des Steuer-
 te ein Festbeldeter
 Bedenken, die aus
 die Erhebung der
 s aus den Mitteln
 Der Inhaber der
 die Entwicklung der
 feinerzeit das Ver-
 ände oberhalb seines
 ung der Fabrik zur
 um kaufweise Ueber-
 egerstraße. Im In-
 die sozialdemokra-
 Wertes hemmen zu
 e Krebe zu Zwecken
 Es solle nur so-
 als feinerzeit ver-
 reut werden konnten,
 sse der Unterstützung
 die Erweiterung

pflichtigen Einkommen von nicht mehr als 10 000 Mark. Ferner andere Steuerpflichtige bei einem Einkommen von nicht mehr als 15 000 Mark, sowie der für die dritte und jede weitere Person reichssteuerfrei bleibende Einkommensteil bei 20 000 Mark Einkommen. Die Zusatzsteuer beträgt, wenn nicht mehr als 1500 Mark berücksichtigt werden, bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 10 000—15 000 Mark gestaffelt in 5 Stufen 150 bis 270 Mark und von 15—28 000 Mark Einkommen 300—450 Mark. Bei mehrfachem Wohnsitz wird die Zusatzsteuer auf die Wohnsitzgemeinden nach der Dauer des Aufenthalts verteilt. Die Steuer wird vom Finanzamt mit der Einkommensteuer veranlagt und eingezogen.

Konferenz der Finanzminister.

(S. B.) Stuttgart, 23. Dez. Die süddeutschen Regierungen planen in nächster Woche und zu Anfang des neuen Jahres Besprechungen der Finanzminister der Länder in Stuttgart. Es sollen die Befolgungssätze der Beamten nachgeprüft und die einheitliche Regelung der Beamtenbefolgungen zwischen Reich und Ländern vervollständigt werden. Auf der zweiten Konferenz soll eine Aussprache der Finanzminister über die Steuer-geheißgebung und die Wirkungen des Landessteuergesetzes erfolgen.

Simmozheim, 23. Dez. Von Mitgliedern des Landwirtschaftl. Ortsvereins und Freunden desselben wurden durch Sammlung bei Rast abgeteilt: 1 Ztr. Mehl, 150 Pfd. Dörrobst, 550 Pfd. Kerpel, Sadwerk und 10 Pfd. Erbsen. Auf Beschluß der Ver- trauensmänner wurden die Gaben in vier gleichen Teilen nach-

stehenden Anstalten überwiesen: Kinderheim „Viktor Koch- haus“, Kinderheim Eduard Pfeifferheim, Blindenanstalt Nito- lauspflanze, Waisenhaus, sämtliche in Stuttgart. Den Anstalt- en wurden die Sachen frachtfrei, als Beisteuer zur Weihnachts- bescherung ihrer Pflanzlinge überhandt. — Die Sammlung zur Deutschen Kinderhilfe ergab hier einschließlich eines Beitrags der Gemeindepflege zusammen 600 Mark.

(S. B.) Stuttgart, 23. Dez. Der Leiter der Postüber- wachungsstelle des Landespolizeiamts, der frühere Telegraphen- sekretär Eugen Aker mann und zwei weitere Angestellte des Landespolizeiamts wurden in Haft genommen. Es ist gegen sie ein Verfahren wegen Amtsvergehens eingeleitet. Sie sollen schon längere Zeit aus Postsendungen, die das Lan- despolizeiamt nachprüfen hatte, Lebensmittel entnommen haben.

(S. B.) Laupheim, 22. Dez. Der Landwirtschaftl. Bezirks- verein hat den Beitritt zum Landwirtschaftlichen Hauptverband in Stuttgart mit großer Mehrheit abgelehnt. In Sachen des Reichsnotopfers will er beim Finanzamt vorstellig werden.

(S. B.) Tübingen, 23. Dez. Der Gemeinderat beschäftigte sich eingehend mit der Verleisstellung von Baugelände für neue Heimstätten. Von einer Architektenfirma lag ein Angebot vor, die eine Serie von Einfamilien-Reihenhäuschen um 47 000 M. erstellen will. Mit der Erschließung neuen Baugeländes soll alsbald begonnen werden.

(S. B.) Saulgau, 22. Dez. Auf einer Tagung des Schwäb. Bauernvereins machte Reichstagsabgeordneter Feilmayr Mit- teilungen über ein neues Verfahren für die Getreideerfassung. Das Reichsernährungsministerium sei von der Unzulänglichkeit

des jetzigen Erfassungssystems durchdrungen. Täglich erhalten wir nur 1000 Tonnen Getreide, brauchen aber 8000 Tonnen. Feilmayr schlägt nun vor, daß von den Getreidebeständen jeder Landwirt seinen Bedarf an Saatgut und den Verbrauch im eigenen Haushalt abziehen darf. Von dem Rest sollen 50 Proz. an die öffentliche Verwaltung übergeben, die übrigen 50 Proz. sollen als freies Getreide verwendet werden dürfen. Damit falle die Hamsterei, die Mühlenkontrolle und die Hausfuchungen weg. Eine Nachprüfung würde nur im Notfall bei den ein- zelnen Landwirten vorgenommen werden. Den Landwirten müsse gegen die Entscheidung der Untersuchungskommission ein Beschwerderecht eingeräumt werden. Bei dem vorgeschlagenen Verfahren würden nur 50 Proz. des über den Eigenbedarf der Landwirte hinaus vorhandenen Getreides erfaßt. Dies sei jetzt schon der Fall, da 50 Proz. des Getreides den Schleichhandels- weg gehe.

Kirchliche Nachrichten.

Katholische Gottesdienste.

Weihnachtsfest. 6 Uhr: Engelamt und Hirtenmesse. 10 Uhr: Predigt und Hochamt. 2 Uhr: Andacht. Stephanstag. 8 Uhr: Frühmesse. 10 Uhr: Amt. Montag. 8 Uhr: Gottesdienst in Liebenzell.

Reklameteil.

Die moderne Zahnkultur
 empfiehlt häufigen Gebrauch von
Zahnwoll

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Am nächsten Dienstag, 28. vorm. von 9 Uhr ab, wird auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 la. Spanischen Volkreis ausgegeben. Preis Mk. 5.— pro Pfund. — Reihenfolge wie bei der Brotkartenabgabe. Gleichzeitig werden auch Süßstofftabletten ausgegeben. Preis Mk. 6.50 pro Schachtel.

Bezirksarbeitsamt
 (für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold)
 Lederstraße 161 Telefon 109.
 Offene Stellen
 a) für männliche Personen:
 1 Hausburche (16 oder 17 Jahre alt)
 1 jungerer Heizer
 1 Hilfsarbeiter (15—18jährig zur Bewienung einer Dampfmaschine.)
 b) für weibliche Personen:
 5 Dienstmädchen
 2 Haushälterinnen (evtl. auch eine Äuere)
 1 Küchenmädchen
 1 Zimmermädchen.
 Offene Lehrstellen für
 2 Gärtnerlehrlinge, Eintritt Schlosseriehrling jederzeit
 1 Bäckerlehrling
 1 Bind- und Stein- hauerlehrling
 1 Buchbinderlehrling
 1 Kammerlehrling
 2 Kupfer- und Schmied- lehrlinge
 1 Malerlehrling
 1 Schneiderlehrling
 1 Zahntechniker- lehrling.
 Die Vermittlung erfolgt kostenlos.
 Calw, den 23. Dezember 1920.
 Verwalter: Fr. o. f.

Standesamt Calw.
 Am 26. ds. Mts. (Stiefausfeiertag) ist das Standes- amt von 11 bis 12 Uhr vormittags für dringende Fälle (Todesfälle) geöffnet.
 Calw, den 23. Dezember 1920.
 Standesamt: Göhner.

Calw.
 Im Wege der Zwangsvollstreckung versteigere ich am Dienstag, den 28. ds. Mts., vor- mittags 11 Uhr, vor meiner Kanzlei, Salzgasse 62, gegen bare Bezahlung:
 1 Regal, 2 m hoch, 56 cm breit und 25 cm tief.
 Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw: Ohngemach.

EUG. WILDBRETT
 Homöopath u. Naturheilpraktiker
BAD LIEBENZELL
 Schulplatz 76, Fernruf 29
 Spezialbehandlung durch Heißluftbäder und Massage. Augendiagnose. Uruntersuchung
 Urin ist bei jeder Behandlung mitzubringen
 Zwanzigjährige Praxis
 Sprechzeit: Werktags 10 bis 12 Uhr vorm., 2 bis 5 Uhr nachmittags, Sonntags 10 bis 12 Uhr vormittags.

Wandkalender
 mit Verzeichnis der Märkte des Bezirks und der Nachbarbezirke
 Find auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfg. erhältlich.
 Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr

Ein ehrliches, fleißiges
Mädchen
 nicht unter 18 Jahren, findet Stellung bis 15. Jan bei
 H. Göttling,
 z. Waldhorn, Calmbach.
 Gesucht auf 1. Februar ein zuverlässiges
Mädchen
 nicht unter 20 Jahren für Küche und Wirtschaft.
 Frau Mina Scheuerte.

Carbolineum
 empfiehlt
 Carl Serva, Tel. 120.
 Hirtau.
Neuer Milchwärmel
 (größte Nummer),
 1 Reithose, gefüttert, sowie einen gutenhaltenen Hochzeits-Anzug, kleine Figur, am Montag, 27. Dezember zu verkaufen.
 Wilhelmstr. 116, p.

Warder, Altis
 fängt man schon e 11 und sicher mit meiner Bitterung „Edelan“ Preis 20 Mk.

Füchse
 mit meiner Bitterung „Pelazol“ Preis 15 Mk. Großartige Erfolge, viele Anerkennungs schreiben. „Ge- sechlich geschätzt.“
 Nachnahme nur durch Apotheke Th. Obermeyer, Regensburg, Bienenheimweg 3.

1/2 jährlicher
Salz- und Pfeffer-Schnauzer
 hat sich bei der Talmühle verlaufen.
 Bitte denselben gegen Be- lohnung abzugeben bei Gottlieb Schütz, Holzbronn.
 Vor Ankauf wird gewarnt.

6 Stück 6 Wochen alte
 Halbhunde
 verkauft
 Fischer z. Hirsch' Stammheim.
 Gechingen.
 8 Stück schöne
 Läufer-
 Schweine verkauft
 Fr. Böttinger

Calw, den 23. Dezember 1920.
 Unsere liebe Schwester und Tante
Fräulein Luise Ott
 ist heute sanft entschlafen.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen die Nichten: Elisabeth Domino, geb. Buhl, Martha Glagie, geb. Buhl.
 Beerdigung Christfest 1/3 Uhr.

Calw, den 23. Dezember 1920.
 Uebervunden durch des Lammes Blut!
 Ostd. 12, 11.
 Statt besonderer Anzeige.
Todes-Anzeige.
 In tiefem Schmerz teilen wir unsern Ver- wandten und Freunden mit, daß meine liebe Gattin, unsere geliebte Mutter
Barb. Kirchherr,
 geb. Prommer
 im Alter von 35 Jahren heute nachmittag 1/3 Uhr nach längerem Leiden vom Herrn heimgerufen wurde.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Martin Kirchherr und Kinder.
 Die Beerdigung findet am Christfest den 25. Dezember nachmittags 1/2 Uhr statt.

Calw, den 24. Dezember 1920.
Dankagung.
 Allen denen, welche unserer lieben Tochter und Schwester
Clara Schönhardt
 während ihrer langen Krankheit mit so vielen Liebesbeweisen beigestanden sind, u. beim Hinscheiden so freundlich bedachten ein herzliches
Vergelt's Gott.
 Ebenso ihren Altersgenossen für ihren letzten Freundschaftsbeweis, dem Herrn Dekan für die trostreichen Worte und der lieben Schwester Sofie für die opferwillige Pflege.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Calw, den 24. Dezember 1920.
Dankagung.
 Allen Verwandten und Bekannten sagen für die liebevolle Teilnahme bei dem herben Verlust unserer lieben
Anneliese
 herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
 Familie Karl Wittus.

Im Auftrag zu verkaufen:
 mehrere
Knaben-Anzüge
 von 3—6 Jahren, und
1 Paar Herrenstiefel
 (Größe 44).
 Chr. Weimert,
 Niebergasse 317.

Calw, den 24. Dezember 1920.
 Statt jeder besonderen Anzeige.
 Heute früh entschlief sanft in dem Herrn meine liebe Frau, unsere treu- besorgte Mutter, Schwester und Groß- mutter
Frau Frida Knodel
 geb. Lauferer.
 In tiefer Trauer:
 Rektor Dr. Knodel,
 Frida Geyer mit Gatten Amts- richter Geyer-Tuttlingen,
 Mathilde Mögling mit Gatten Oberreallehrer Mögling- Baiersbronn.
 Beerdigung: Sonntag, den 26. Dez., nachmittags 2 Uhr.

Hirtau, den 22. Dezember 1920.
Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teil- nahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters und Freundes
Christian Delschläger,
 Spinnereibesitzer,
 sagen herzlichen Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Hirtau, den 22. Dezember 1920.
Dankagung.
 Allen Verwandten und Bekannten sagen für die liebevolle Teilnahme bei dem herben Verlust unserer lieben
Anneliese
 herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
 Familie Karl Wittus.

Hirtau, den 22. Dezember 1920.
Dankagung.
 Allen Verwandten und Bekannten sagen für die liebevolle Teilnahme bei dem herben Verlust unserer lieben
Anneliese
 herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
 Familie Karl Wittus.

Sessel

aus Buchen-
u. Eichenholz
hat vorrä'tig
M. Ginader,
Schreiner,
Stammheim.

Neujahrswunsch!

Junger, solider, strebsamer
Arbeiter, 25 Jahre alt, mit
9000 M. Ersparnem, wünscht
mit einem Mädchen vom
Lande bekannt zu werden,
zwecks späterer

Heirat.
Einkelrat in kleine Land-
wirtschaft besorgt. Angeb.
unter F. T. 298 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Kaffee
in bekannt guter
Mischung.

roh und jede
Woche frisch
gebrannt

empfiehlt bestens

C. Serva
Fernsprech-Nr. 120.

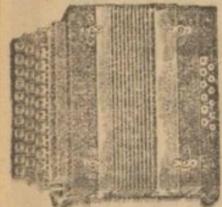
**Defen
Herde**

Waschkessel
verkauft ab Lager zu den
billigsten Preisen
Eugen Lejzelter, Calw
Lederstr. 119, Telef. 178.

**Elektr. Bügeleisen,
Kochplatten,
Seekeffel**

empfiehlt billigt

Otto Kagenmaier,
Bad Liebenzell
Tel. 80.



Ziehharmonikas
kosten vor Jahreschluss, um
zu räumen, nur noch den
halben Preis. 1 reihig von
40 Mk. an, 2 reihig von
70 Mk. an in der

Harmonika- u. Balgfabrik
Gebr. Hohnloser & Co.
Pforzheim, Bergstr. 27
(Wilhelmshöhe).

Knaben-Stiefel,
fast neu, Größe 37 und
1 alte Geige
zu verkaufen.

Calw,
Bischoffstr. 45B, part. I.

1 Steintrog,
zirka 1,5 m lang, je 1 m
breit und tief,
zu kaufen gesucht.
Angebote unter F. T. 300
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Statt Karten.

**Elise Mann
Johannes Geier**
Verlobte

Stammheim Liebrenzell

Weihnachten 1920.

**Johanna Luz
Eugen Longenrich**

Verlobte

Hirsau Neuß a. Rhein

Weihnachten 1920.

**Elisabeth Faigle
David Böhler**

geben ihre Verlobung bekannt

Unterreichenbach Hengen Oa. Urach

Weihnachten 1920.

**Katharine Seeger
Georg Rentschler**
Verlobte

Unterhangstett Liebrenzell Unterhangstett

Weihnachten 1920.

Alzenberg.

Ueber die Feiertage gibts

hausgem. Würste

bei Gottl. Rentschler, zum „Rößle“.

Kleider- u. Schurzzeugle
hübsche neue Muster

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

Herrenberg.

Vom Montag, den 27. Dezember
1920 ab, steht in unserer Stallung
in Herrenberg im Gasthof zum „Hasen“
ein frischer Transport

junger erstklass. guter Arbeits-

Pferde

zum Verkauf. Kauf- und Tauchliebhaber
laden freundlichst ein

David & Löwenstein, Telefon 10.

**Else Goeller
Carl Neuffer**
Verlobte

Jagstheim Calw.

**Hermine Gluth
Karl Schofer**

Verlobte

Calw, Weihnachten 1920.

**Sophie Rappold
Hermann Munz**

Verlobte

Calw Stuttgart

Weihnachten 1920.

Turn-Verein Alzenberg.



Am Sonntag (Stephans-
feiertag), den 26. Dezember,
findet im Gasthaus z. „Rößle“
hier die

**Weihnachts-
Feier**

des hiesigen Turnvereins
statt, verbunden mit Turn-
und theatralischen Auffüh-
rungen. — Anfang 5 Uhr.

Es ladet dazu herzlich ein

der Ausschuss.

NB. Von 2 Uhr mittags ab ist
musikalische Unterhaltung.

Reichsbund

:: :: Ortsgruppe Altburg :: ::



Sonntag (Stephansfeiertag),
26. Dezember findet im Gast-
haus z. „Krone“ unsere

**Weihnachts-
Feier**

statt, verbunden mit mus-
kalischen und theatralischen
Aufführungen, wozu die Ein-
wohnerschaft von hier und Um-
gebung freundlich eingeladen
ist. Anfang Abends 5 Uhr.

Der Ausschuss.

**200 verschied. Stahlbraht-
Sprungfeder-Matraxen**

in allen Größen, haben einzeln und in größeren Mengen
abzugeben. **spottbillig**

Leinacher Industrie-Werke
Fritz Schwinghammer & Sohn.

Statt Karten.

**Martha Leonhardt
Carl Dups**
Verlobte

Calw Reutlingen

Weihnachten 1920.

**Sofie Böhringer
Rudolf Beck**

grüßen als Verlobte

Unterreichenbach Calw

Weihnachten 1920.

Wir grüßen als Verlobte

**Emma Nothacker
Friedrich Holzäpfel**

Calw Ernstmühl

Weihnachten 1920.

**Pauline Reinhardt
Eduard Schröck**

Verlobte

Calw Neuhausen
Amt Pforzheim

Weihnachten 1920.

Hirsau.

60er = Feier

Alle im Jahre 1860 Geborenen von hier
und Umgebung werden mit ihren Angehörigen auf
Sonntag, den 26. ds. Mts.

(Stephans-Feiertag) abends 6 Uhr zu einem
gemüthlichen Zusammensein
in das Gasthaus „zum Rößle“
(Nebenzimmer) freundlichst eingeladen.

Mehrere 60 er.

Herrenhemden

mit und ohne Einsatz

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

Klavier- u. Harmoniumstimmer

vom Musikhaus Sattler, Pforzheim
kommt regelmäßig nach Calw.

Aufträge bitte in der Geschäftsstelle dies. Blattes anzumelden.

Jedes Quantum Papierholz

sofort gegen Kassa zu kaufen gesucht.
Eil-Angebote unter F. T. 298 an die Geschäftsstelle d. Bl.